

Marxismus als Voraussetzung des politischen Systems der DDR

- I. Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage der DDR
 1. Marxismus-Leninismus in der Verfassung der DDR
 2. Aufbau der marxistisch-leninistischen „Kaderphilosophie“
 3. Indoktrination und „sozialistische Umwälzung“
- II. Marxistische Ideologie und Philosophie
 1. Politische Umsetzung von Philosophie und Ideologie
 2. Bemerkungen zur Ideologieggeschichte des Marxismus
 3. Bemerkungen zum Marxismus als Philosophie
- III. Elemente marxistischer Philosophie
 1. Marxistischer Materialismus
 2. Marxistische Anthropologie
 3. Marxistische Ablehnung des Eigentums
 4. Marxistische Geschichtsauffassung als Utopie
- IV. Gesellschaftsanalyse und Vorschläge zur gesellschaftlichen Umwälzung bei Marx und Engels
 1. Kritik an der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts
 2. Umsetzung marxistischer Vorstellungen in der SBZ/DDR

Ausgewählte Literatur

Zusammenfassung

I. *Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage der DDR*

Karl Marx (geb. 5. 5. 1818 in Trier, gest. 14. 3. 1881 in London) schuf bekanntlich zusammen mit Friedrich Engels den Marxismus, eine philosophische Theorie, die zugleich Anweisung zum politischen Handeln ist. Der Marxismus ist in das große Lager sozialistischer Bewegungen einzuordnen, die sich im 19. Jahrhundert als Gegenströmung zu den individualistisch begründeten Formen freiheitlicher und nicht – wie der Marxismus – atheistischer Gesellschafts- und Wirtschaftsordnungen herausbildeten. Er repräsentiert die revolutionäre Ausprägung des Sozialismus und unterscheidet sich damit deutlich vom Reformsozialismus. Trotz einiger grundsätzlicher Übereinstimmungen und mancher Ähnlichkeiten in den Programmen hat der entscheidende Unterschied zwischen beiden Richtungen des Sozialismus in der Wahl der Mittel zur

Durchsetzung der politischen Ziele durch Reformen oder aber durch Revolutionen zu sehr unterschiedlichen geschichtlichen Abläufen geführt.

Namentlich in osteuropäischen Ländern führte der Marxismus zu Revolutionen und wurde dann zur ideologischen Grundlage von Staaten. Im Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der späteren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) wurde der Marxismus nach 1945 durch die sowjetische Besatzungsmacht und durch deutsche Exilkommunisten eingeführt und zwar in der Gestalt, die ihm Lenin (1870–1924) gegeben hatte, so daß der Marxismus-Leninismus als ideologische Grundlage des politischen Systems der DDR gilt.

Nach diesen kurzen Vorbemerkungen soll im folgenden zunächst der Marxismus-Leninismus in der Verfassung der DDR behandelt werden, dann ein kurzer Überblick über die marxistische Ideologie und Philosophie namentlich im Hinblick auf ihre politische Umsetzung gegeben werden. Anschließend werden einige Elemente der marxistischen Philosophie analysiert, und schließlich werden Gesellschaftsanalyse und Vorschläge zur gesellschaftlichen Umwälzung, die Marx und Engels entwickelten, beschrieben.

1. *Marxismus-Leninismus in der Verfassung der DDR*

Die ehemalige DDR gründete auf der Ideologie des Marxismus-Leninismus. Taktische Überlegungen hatten zwar die SED veranlaßt, noch bei der Staatsgründung am 7. Oktober 1949 auf eine deutlich sozialistische Verfassung zu verzichten, doch der SED-Parteitag vom Juli 1952 erklärte bereits den Aufbau des Sozialismus zur grundlegenden Aufgabe der Deutschen Demokratischen Republik. Die Verfassung des Jahres 1968 gab sich dann klar als „sozialistisch“ zu erkennen.

Damit wurde die Ideologie des Marxismus-Leninismus verfassungsmäßig legitimiert und der Anspruch erhoben, den Weg in den Sozialismus für das gesamte Deutschland von der DDR aus zu bahnen. Die Präambel läßt bereits die von der marxistisch-leninistischen Ideologie geprägte Geschichtsauffassung und Zukunftserwartung unzweideutig erkennen, wenn es heißt: „Getragen von der Verantwortung, der ganzen deutschen Nation den Weg in eine Zukunft des Friedens und des Sozialismus zu weisen, in Ansehung der geschichtlichen Tatsache, daß der Imperialismus unter Führung der USA im Einvernehmen mit Kreisen des westdeutschen Monopolkapitals Deutschland gespalten hat, um Westdeutschland zu einer Basis des Imperialismus und des Kampfes gegen den Sozialismus aufzubauen, . . . hat sich das Volk der Deutschen Demokratischen Republik. . . diese sozialistische Verfassung gegeben.“ Es wird ferner bestätigt, daß die Verfassung der DDR fest gegründet ist „auf den Errungenschaften der antifaschistisch-demokratischen und der sozialistischen Umwälzung der

gesellschaftlichen Ordnung“, womit die erste Epoche der Geschichte von SBZ/DDR ausdrücklich als Teil der sozialistischen Gestaltung einbezogen wird.

Im ersten Artikel der Verfassung wird der „marxistisch-leninistischen Partei“, also der SED als Partei zur Durchführung des Kampfes der Arbeiterklasse, die politische Führungsrolle im „sozialistischen Staat deutscher Nation“ zugesprochen: „Die Deutsche Demokratische Republik ist ein sozialistischer Staat deutscher Nation. Sie ist die politische Organisation der Werktätigen in Stadt und Land, die gemeinsam unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei den Sozialismus verwirklichen.“¹

2. Aufbau der marxistisch-leninistischen „Kaderphilosophie“

Nicht nur in der Verfassung, auch in politischen Verlautbarungen der SED spielte der Marxismus-Leninismus eine bedeutende Rolle (vgl. z. B. Otto Grotewohls Rede auf dem ersten Kulturtag der DDR am 5. 5. 1948), vor allem aber wurde auf seine Verankerung in den wissenschaftlichen Einrichtungen und im gesamten Bildungssystem größte Sorgfalt verwendet.² Besondere Behandlung erfuhren dabei die Fächer „Philosophie“ und „Geschichtswissenschaft“. Sie wurden als Hort „bürgerlichen Denkens“ in der Anfangsphase von der SMAD zunächst vorläufig suspendiert, mußten doch im Verständnis der sowjetischen und der deutschen kommunistischen Machthaber auf diesen Gebieten die Weichenstellung zur Grundlegung eines neuen Denkens und eines neuen Staatswesens auf dem Boden des Marxismus-Leninismus erfolgen. Im Wintersemester 1946/47 konnte der Lehrbetrieb in diesen beiden Disziplinen aufgenommen werden, doch mußten die Professoren und die übrigen Lehrkräfte auf Verlangen der sowjetischen Besatzungsmacht und der maßgebenden deutschen Stellen Lehrprogramme für jede einzelne Vorlesungs- und Seminarstunde einreichen, und es mußte in Berichten Auskunft erteilt werden über die politischen und erzieherischen Ziele der jeweiligen Lehrveranstaltung. Erst nach Genehmigung dieser Programme durfte die Lehre aufgenommen werden. Darüberhinaus wurden sämtliche Professoren und Lehrkräfte zweimal im Monat einem Verhör durch den zuständigen sowjetischen Philosophie-Offizier unterzogen.³

Zunächst wurde versucht, auch sogenannte „bürgerliche Philosophen“ in ihren Ämtern zu lassen, um gemäß einem Aufruf der KPD vom 11. Juni 1945 das Konzept eines breiten Bündnisses zwischen Vertretern der marxistischen Weltanschauung und Anhängern „fortschrittlicher“ humanistischer Ideen und

1 Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 06. April 1968 (GBII, S. 199)

2 Vgl. die Ausführungen von Norbert Kapferer, *Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR 1945–1988*, Darmstadt 1990

3 M. und E. E. Müller, *Stürmt die Festung Wissenschaft. Die Sowjetisierung der mitteldeutschen Universitäten seit 1945*, Berlin 1953, S. 67

philosophischer Auffassungen zu verwirklichen und auf diese Weise eine „antifaschistische Einheitsfront des Geistes“ zu bilden. Bald zeigte sich, daß nur wenige der etwa zwanzig bürgerlichen Professoren, die in den Fächern Philosophie und Soziologie weiterhin lehren durften, sich bereit fanden, „mit der Arbeiterklasse und den anderen Werktätigen zusammenzuarbeiten, und auf Verleumdungen des Marxismus-Leninismus zu verzichten“.⁴

Als sich die Hoffnung auf Umstimmung der „bürgerlichen“ Professoren nicht erfüllte, setzte ein ideologischer Klassenkampf ein. Man warf den „reaktionären Philosophen“, wie sie nun genannt wurden, vor, ihrer anti-kommunistischen Einstellung durch Verbreitung „primitivster Vorstellungen über marxistische Philosophie“ Ausdruck zu verleihen. Das „antifaschistisch-demokratische Bündnis“, die Koexistenz von marxistischer und „bürgerlicher“ Philosophie, endete etwa 1947 und wurde durch eine „höhere Phase der historischen Entwicklung“ aufgehoben und ersetzt. Eine „Kaderphilosophie“, die den orthodoxen Marxismus vertrat, entstand und wurde in Kurzlehrgängen vermittelt. Damit wurde dem personellen Notstand abgeholfen, unter dem die Verbreitung marxistisch-leninistischer Philosophie in der Nachkriegszeit in der entstehenden DDR zunächst litt. Denn unter den Exilkommunisten und sogenannten Antifaschisten befanden sich kaum Philosophen vom Fach, so daß die philosophische Diskussion in der SBZ von 1945 bis 1948 hauptsächlich von politischen Funktionären, Journalisten, Historikern etc. geführt werden mußte. Es waren vor allem Naturwissenschaftler, wie Gerhard Harig und Klaus Zweiling, die dann bereit waren, als marxistische Fachphilosophen tätig zu werden. Gerhard Harig wurde 1948 als erster zum Professor für Dialektischen und Historischen Materialismus berufen.⁵

Trotz des Aufbaus der „Kaderphilosophie“ blieb aber das Bemühen der SED bestehen, durch eine Anwerbung sogenannter „Geistesarbeiter“ Vertreter einer links-bürgerlichen Intelligenz mit starken Sympathien für die Arbeiterbewegung und den Marxismus für die DDR zu gewinnen und in die sozialistische Umgestaltung des deutschen Geisteslebens einzubeziehen. „Gerade eine kulturell-geistige Erneuerung verlangte nach namhaften und kompetenten Persönlichkeiten, die sowohl der „bürgerlichen“ Konkurrenz und Kritik gewachsen als auch zur kulturellen Umgestaltung die notwendige Substanz beizusteuern imstande waren. . . in der Hoffnung, die eigenwilligen Kandidaten im Laufe der Zeit parteilich voll einbinden zu können.“⁶ Hans Mayer, Werner Krauss, Bertolt Brecht, Hanns Eisler, Ernst Bloch folgten zwar diesem Ruf, dem Unternehmen war aber auf Dauer, wie man weiß, recht unterschiedlicher Erfolg beschieden.

4 V. Wrona und F. Richter (Leiter des Autorenkollektivs), Zur Geschichte der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR. Von 1945 bis Anfang der sechziger Jahre, Berlin 1979, S. 105

5 N. Kapferer, a.a.O. S. 16 ff.

6 N. Kapferer, S. 50

Etwa 1948 war der Aufbau der „Kaderphilosophie“ abgeschlossen. Sie wurde zum Verwalter der Lehre des Marxismus-Leninismus. Sie überstand auch die Auseinandersetzung bzw. die Ausschaltung philosophischer Opposition in den Jahren 1956/57 und 1964. Kapferer resümiert: „Seit über dreißig Jahren demonstrierte die marxistisch-leninistische Philosophie in der DDR sehr eindrucksvoll, wie sich mittels uneingeschränkter, monopolistischer Interpretationsgewalt und der Verfügung über Wort und Schrift 'Krisen' von vornherein unterdrücken lassen. Damit stellte sie unter Beweis, daß selbst problematisch gewordene ideologische Konstrukte funktionieren, wenn sie institutionell als Herrschaftsmedien einsetzbar sind.“⁷

3. *Indoktrination und „sozialistische Umwälzung“*

Im Alltagsleben der DDR-Bürger geriet die geistige Adaption der Ideologie des Marxismus-Leninismus, trotz intensiver Bemühungen in Bildungseinrichtungen, Medien und Massenorganisationen, vielfach nur zu gelangweilter, notgedrungener Pflichtübung, wenn sich auch noch nicht absehen läßt, ob die ständige Indoktrination nachhaltiger, als zunächst offensichtlich, das Denken beeinflusst und unbewußte Vorurteile gezüchtet hat. Gläubige Anhänger des Marxismus-Leninismus fanden sich nach gegenwärtigem Erkenntnisstand außer bei den SED-Funktionären vor allem unter den Schriftstellern. Gemäß einem Bericht in der „Welt“ (vom 28. 5. 1994) stellte jüngst Joachim Walther fest, daß der hohe Prozentsatz von Stasi-Mitarbeitern unter Schriftstellern und Germanistik-Professoren in der DDR auf den „Glauben an die kommunistische Utopie“ zurückzuführen sei.

Gravierend spürbar für jeden einzelnen Menschen in der SBZ/DDR waren neben der zwangsweisen Indoktrination mit disziplinierenden Flankierungsmaßnahmen die praktischen Folgen der „sozialistischen Umwälzung“, also die politische Umsetzung der ideologischen Vorgaben durch Enteignungen, Umstrukturierungen der öffentlichen Einrichtungen, mehr oder minder deutlichen Druck zu erwünschtem Verhalten, etwa zur Berufstätigkeit der Frau, administrativer Gängelung etc. Die „sozialistischen Umwälzungen“ wurden in der SBZ/DDR, ebenso wie zuvor schon in der UdSSR, stufenweise und schubweise vorgenommen. Zeiten relativen Gewährenlassens wechselten mit Zeiten verschärften Vorgehens. Diese „sozialistische Umwälzung“ ist letztlich in der marxistischen Philosophie begründet und von dieser aus zu verstehen. Im folgenden sollen deshalb diese philosophischen Ansätze im Vordergrund stehen. Denn trotz des offensichtlichen Versagens des marxistisch-leninistischen politischen Systems in den Staaten des Ostblocks, ist, wie Umfragen der letzten Zeit zeigen, die Auffassung noch nicht überwunden, daß der (real existierende)

Sozialismus eine gute Idee sei, die nur schlecht umgesetzt wurde. Es ist daher notwendig, die philosophische Grundlegung der marxistischen Ideologie und die in ihr enthaltenen Schlüsse, Vorurteile und Denkmuster aufzuzeigen, um einen Rückfall in die verhängnisvolle Errichtung sozialistischer Diktaturen, wie sie unser Jahrhundert kennzeichnen, zu vermeiden.

II. *Marxistische Ideologie und Philosophie*

Die Lehre von Marx und Engels enthält mehrere Komponenten. Sie wird bisweilen zu Unrecht im wesentlichen als ökonomische Lehre verstanden. Der Zusammenhang der frühen philosophischen und der späteren ökonomischen Schriften von Karl Marx ist jedoch unübersehbar, so daß die der marxistischen Ideologie zugrundeliegenden philosophischen Überlegungen in die Betrachtung einbezogen werden müssen. Dies trägt auch dazu bei, die Antriebskräfte für die revolutionäre Gewalt dieser Ideologie in ihren Wurzeln und Traditionen zu erkennen.

1. *Politische Umsetzung von Philosophie und Ideologie*

Das Wort „Ideologie“ bezeichnet bekanntlich ein komplexes Denkgebäude, wobei es meist in abfälligem Sinn gebraucht wird, um den Verdacht der Verschleierung oder auch des Irrealen anzudeuten. Von „weltfremden Ideologen“ wurde denn auch bei der ersten Verwendung des Begriffs durch Destutt de Tracy („Elements d'ideologie“ erschienen 1801–15)⁸ gesprochen, einem Zeitgenossen und Gegenspieler Napoleons I. Ideologische Vorstellungen enthalten häufig Vorschläge für gesellschaftsverändernde Konsequenzen, so daß sie zur philosophischen Grundlage von Politik werden.⁹

In den historisch-politischen Ausformungen der Diktaturen des 20. Jahrhunderts ist sichtbar geworden, daß Ideologien zwar auf unterschiedlichen philosophischen Vorstellungen beruhen, daß sie aber durch totalitäre Umsetzung zu ähnlichen politischen Erscheinungen führen, zu Diktaturen, zur Unterdrückung ganzer Völker und zu brutaler Massenvernichtung. Diese Gefahren, die in Ideologien liegen, machen die Auseinandersetzungen mit ihnen notwendig. Dabei muß die Analyse der zugrunde gelegten philosophischen Elemente verbunden werden mit der Reflexion über die jeweils ideologiespezifischen Folgen, die sich aus den philosophischen Ansätzen ergeben, wenn die totale

8 Destutt de Tracy, Elements d'ideologie, 5 Bde., Paris 1805–1815 (Graf Antoine Louis Claude Destutt de Tracy, französischer Politiker und philosophischer Schriftsteller 1754–1836 entwickelte den Ideologismus und eine politische Ökonomie).

9 Zur grundsätzlichen Auseinandersetzung: Ideologien und Ideologiekritik. Ideologietheoretische Reflexionen, Hrsg.: Kurt Salamun, Darmstadt 1992